

Das Abstiegsmodell

Eine Bilanz der rot-roten Bündnisse in Berlin,
Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt.



Das Abstiegsmodell

Eine Bilanz der rot-roten Bündnisse in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt.

Die SPD treibt ein gefährliches Spiel. Mit ihren jüngsten Beschlüssen hat sie deutlich gemacht, dass sie um der Machterringung willen nun auch in westdeutschen Bundesländern bereit ist, Bündnisse mit der Linkspartei einzugehen. Den Versicherungen, Bündnisse mit der Linkspartei auf Bundesebene kämen nicht in Frage, wird selbst in der SPD nicht mehr geglaubt. Dieser Weg ist verhängnisvoll für unser Land. Denn alle bisherigen rot-roten Bündnisse haben eines deutlich gemacht: Rot-Rot ist ein Abstiegsmodell.

Wo Rot-Rot regiert, geht's bergab

In den 18 Jahren seit der Deutschen Wiedervereinigung gab es auf Landesebene bislang drei rot-rote Bündnisse, entweder wie in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin als gemeinsame Koalitionsregierung oder wie in Sachsen-Anhalt als Tolerierungsmodell.

Die Premiere fand im Frühjahr 1994 in **Sachsen-Anhalt** statt, wo die SPD gegenüber den Wählern Wortbruch beging und sich trotz aller gegenteiligen Beteuerungen vor der Wahl – zunächst zusammen mit den Grünen, ab 1998 als Alleinregierung – von der PDS dulden ließ. 2002 hatten die Wähler genug von dem rot-roten Bündnis und wählten es ab.

Harald Ringstorff und die SPD in **Mecklenburg-Vorpommern** zogen im September 1998 nach: Die SPD vereinbarte die erste Koalition mit der PDS, die nach der Wahl 2002 verlängert wurde. Das rot-rote Experiment endete im Jahr 2006.

Damit war der Boden bereitet für **Berlin**: Im Juni 2001 brach die dortige SPD die Koalition mit der

CDU: Klaus Wowereit ließ sich mit den Stimmen von SPD, Grünen und PDS zum Regierenden Bürgermeister wählen. Nach der vorgezogenen Neuwahl im Oktober 2001 bildete Wowereit einen Senat aus SPD und PDS, der bis heute amtiert.

In allen drei Ländern traten SPD und PDS/Linkspartei mit großen Versprechen die gemeinsame Zusammenarbeit an. Den Wählern in allen drei Bundesländern versprachen beide Parteien einen Politikwechsel mit mehr sozialer Gerechtigkeit. Doch die tatsächliche Bilanz der drei rot-roten Bündnisse spricht eine andere Sprache: Schulden in Milliardenhöhe wurden angehäuft, statt neuer Arbeitsplätze stieg die Arbeitslosigkeit an, statt mehr Gerechtigkeit verschärfte sich soziale Spaltungen in der Gesellschaft mit mehr Kinderarmut und einer rasanten Zunahme der Bedürftigen als Folge. Rot-Rot ist ein Abstiegsmodell.

1. Beispiel: Sachsen-Anhalt

Vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Jahr 1994 hatte der Spitzenkandidat der SPD, Reinhard Höppner, jedwede Zusammenarbeit mit der PDS abgelehnt. Auch eine Tolerierung durch die PDS kam für ihn auf keinen Fall in Frage: „Eine Tolerierung durch die PDS ist sogar noch schlimmer als ihre Regierungsbeteiligung. Die PDS wäre in der Lage, die Regierungsarbeit zu behindern, ohne selbst Regierungsverantwortung zu tragen.“ – so Reinhard Höppner vor der Wahl (Hamburger Abendblatt 22. Februar 2008).

**Soziale Gerechtigkeit?
Fehlanzeige**

**Gebrochene
Wahlversprechen**

Nach der Wahl wollte Höppner von seinen Versprechen nichts mehr wissen und trat eine rot-grüne Minderheitsregierung unter Duldung durch die PDS an – ein glatter Wortbruch gegenüber den Wählern. Statt einer Großen Koalition unter Führung der CDU, die die Landtagswahl knapp gewonnen hatte, war Höppner die Durchsetzung der eigenen Machtinteressen wichtiger. Für das Land Sachsen-Anhalt ging es mit dem sogenannten „Magdeburger Modell“, das mit einer Lüge begann, bergab.

Zunächst brach unter der Regierung Höppner das Wirtschaftswachstum Sachsen-Anhalts ein: Während vor dem rot-roten Bündnis unter CDU-Verantwortung die Wirtschaft durchschnittlich um 9,6 Prozent wuchs, schrumpfte das Wachstum von 1994 bis 2001 auf 1,75 Prozent.

In derselben Zeit nahmen die Unternehmensinsolvenzen in Sachsen-Anhalt kontinuierlich zu. Meldeten im Jahr 1995 noch 841 Unternehmen die Zahlungsunfähigkeit an, wurde im letzten Regierungsjahr der SPD-Minderheitsregierung mit über 1.942 Unternehmenspleiten ein neuer trauriger Höchststand erreicht. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stieg somit von 1995 bis 2002 um 131 Prozent an.

Die Folgen der Wirtschaftspolitik des rot-roten Minderheitenmodells ließen nicht lange auf sich warten. Am härtesten traf es dabei die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Von 1994 bis 2002 wuchs die Zahl der Arbeitslosen in Sachsen-Anhalt um 35 000 an, ein Anstieg von 15 Prozent. Die Arbeitslosenquote stieg von 15,2 Prozent im Jahr 1994 auf 20,9 Prozent im Jahr 2002. Sachsen-Anhalt hatte damit seit 1995 in jedem Jahr unter Reinhard Höppners Führung die höchste Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland. Die Zahl der Beschäftigten in Sachsen-Anhalt ging in dieser Zeit um 183 000 zurück, ein Rückgang um 18,9 Prozent.

Die schlechte Wirtschaftslage mit Unternehmenspleiten und Massenarbeitslosigkeit verschärfte die sozialen Probleme in Sachsen-

Anhalt. Unter dem rot-roten Tolerierungsbündnis wuchs die Zahl der Sozialhilfeempfänger um 75 Prozent, von 53 000 auf 93 000.

Gleichzeitig nahm die Verschuldung des Landes ungeheure Ausmaße an. Wies der Landeshaushalt 1994 noch einen Schuldenstand von 5,9 Milliarden Euro aus, wuchs der Schuldenberg bis 2002 auf die ungeheure Summe von 15,67 Milliarden Euro – ein Schuldenwachstum von 164 Prozent! Am Ende der Regierungszeit des rot-roten Experimentes war Sachsen-Anhalt ein heruntergewirtschaftetes Land.

2. Beispiel: Mecklenburg-Vorpommern

Auch die Bilanz des zweiten Bundeslandes, das von einem rot-roten Bündnis regiert wurde, fiel verheerend aus. Acht Jahre lang, von 1998 bis 2006, wurde Mecklenburg-Vorpommern von einer SPD/PDS-Regierung unter Harald Ringstorff (SPD) angeführt. Es zeigte sich rasch, dass sich dieselben Probleme entwickelten, die auch schon Sachsen-Anhalt unter Rot-Rot gekennzeichnet hatten: Eine falsche Wirtschaftspolitik, die Unternehmenspleiten, Massenarbeitslosigkeit und eine sich immer weiter nach oben drehende Schuldenspirale nach sich zog.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung Ringstorff führte dazu, dass Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftlich stagnierte. Allein in vier von acht Jahren rot-roter Regierung sank die reale Wirtschaftskraft. Erst als im Jahr 2006 der gesamtdeutsche Wirtschaftsboom einsetzte, erzielte das Land bessere Wachstumsraten. Das erzielte Wirtschaftswachstum lag 2006 zwar bei 2 Prozent, damit aber immer noch unterhalb des Durchschnitts der ostdeutschen Bundesländer. Ohne wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen waren in Mecklenburg-Vorpommern viele Unternehmen nicht mehr in der Lage, wirtschaftlich erfolgreich zu arbeiten. Zwischen 1998 und 2006 mussten mehr als 8 800 Unternehmen Insolvenz anmelden.

Wachsender Schuldenberg

Wirtschaftliche Stagnation

Die Zahl der Erwerbstätigen sank von durchschnittlich 757 000 im Jahr 1998 auf 711 000 im Jahr 2006, ein Rückgang um 56 000. Die Zahl der Beschäftigten sank von 604 000 (1998) auf 503 000 (2006), ein Rückgang um 101 000 Beschäftigte. Die Arbeitslosenquote betrug am Ende der SPD/PDS-Regierung im Jahresschnitt 2006 20,8 Prozent und war damit die höchste in ganz Deutschland.

Der wirtschaftliche Niedergang lässt sich auch anhand der gestiegenen Zahlen der Langzeitarbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger feststellen. Zwischen 1998 und 2004, also bis zum Zeitpunkt der Einführung des Arbeitslosengeldes II, stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt von 52 000 auf 70 000, ein Anstieg um über 34 Prozent. Über ein Drittel aller Sozialhilfeempfänger im Jahr 2004 waren Jugendliche unter 18 Jahren (24 600). Zwischen 1999 und 2004 stieg die Zahl der jugendlichen Sozialhilfeempfänger sogar um 27 Prozent. Auch nach Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ging es in Mecklenburg-Vorpommern bergab. Zwischen 2004 und 2006 stieg die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II im Land doppelt so stark wie im Bundesdurchschnitt. Ende 2006 war jedes dritte Kind unter 15 Jahren auf staatliche Hilfe angewiesen.

Die rot-rote Misswirtschaft führte auch zu einem rasanten Anwachsen der Staatsverschuldung. Der Schuldenberg erhöhte sich unter der SPD/PDS-Regierung von 6,7 Milliarden Euro (1998) auf 10,7 Milliarden Euro (2006) – ein Zuwachs von 59 Prozent.

Verschuldung, Arbeitslosigkeit, Abstieg in die Sozialhilfe, für die Bürger in Mecklenburg-Vorpommern fiel die Bilanz von acht Jahren SPD/PDS-Regierung eindeutig aus. Unter Rot-Rot ging es für das Land kontinuierlich bergab.

3. Beispiel: Berlin

Aus den erfolglosen Experimenten in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern hat die SPD in Berlin nichts gelernt. Seit Juni 2001 ist Klaus Wowereit (SPD) mit Hilfe der PDS/Linkspartei Regierender Bürgermeister von Berlin. Die Bilanz nach mittlerweile sechseinhalb Jahren Rot-Rot in Berlin schließt sich nahtlos an die schwachen Ergebnisse der bisherigen Linksreregierungen an. Unter Wowereit verlor Berlin an Wirtschaftskraft, wurde ärmer und verschuldeter. Seit Rot-Rot regiert, ist Berlin Hauptstadt der Schulden, Hauptstadt der Pleiten und Hauptstadt der Kinderarmut in Deutschland.

In Berlin schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt unter Rot-Rot von 2001 bis 2007 insgesamt um 3,3 Prozent. Erst der bundesweite Wachstumsboom ab dem Jahr 2006 verhalf auch Berlin zu einem geringen Wirtschaftswachstum, das aber immer noch deutlich hinter dem Wachstum anderer Bundesländer hinterher hinkte und die Negativbilanz der Jahre 2001 bis 2004 nicht auszugleichen vermochte. Während das BIP der gesamten deutschen Wirtschaft im Jahr 2007 um 2,5 Prozent wuchs, blieb das Wachstum der Berliner Wirtschaft mit 1,8 Prozent deutlich darunter. Überhaupt entwickelte sich die Berliner Wirtschaft im Vergleich zum Bundestrend unter Rot-Rot unterdurchschnittlich. In fünf von sechs Regierungsjahren lagen die BIP-Wachstumsraten unter dem Bundestrend.

Dies wirkte sich auch unmittelbar auf die Zahl der Insolvenzen aus, die seit Regierungsübernahme von SPD und PDS/Linkspartei im Jahr 2001 sprunghaft angestiegen sind. Zwischen 2001 (2 637 Insolvenzen) und 2006 (8 460 Insolvenzen) stieg die Zahl der Pleiten um 227 Prozent.

Wirtschaftsmisere und Insolvenzen hinterließen ihre Spuren auf dem Arbeitsmarkt. In den ersten vier rot-roten Regierungsjahren stieg die Zahl der Arbeitslosen in Berlin von 270 000 im Jahresdurchschnitt 2001 auf 320 000 im Schnitt 2005

Berlin: Hauptstadt der Pleiten

Wirtschaftsmisere und Insolvenzen

(+ 18,5 Prozent). Zwar profitierte Berlin vom bundesweiten Wachstumsboom der vergangenen beiden Jahre, aber die Arbeitslosenquote ist im Jahresdurchschnitt mit 15,5 Prozent (2007) nach sechseinhalb Regierungsjahren immer noch die drittschlechteste in ganz Deutschland. Selbst in der größten Wachstumsphase der gesamtdeutschen Wirtschaft seit der Wiedervereinigung war der Rückgang der Arbeitslosenquote im Gesamtjahr 2007 in Berlin der niedrigste unter allen Bundesländern.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfänger ist erschreckend hoch. Im Dezember 2007 bezogen insgesamt 427 000 Menschen in Berlin Arbeitslosengeld II, weitere 148 000 erhielten Sozialgeld. Jeder fünfte Berliner unter 65 Jahren ist auf Hilfe des Staates angewiesen. Zudem ist die Jugendarbeitslosigkeit (unter 25 Jahre) in keinem anderen Bundesland höher als in Berlin: Die Jahresquote 2007 lag bei 16,5 Prozent und war damit beinahe doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt von 8,5 Prozent Jugendarbeitslosigkeit. Auch bei der Kinderarmut verzeichnet Berlin unter Rot-Rot eine dramatische Zunahme. Seit Klaus Wowereit Regierender Bürgermeister ist, hat sich die Kinderarmut in Berlin um mittlerweile 32 Prozent erhöht. Heute lebt jedes dritte Berliner Kind in Armut.

Zudem steht das Land nach sechseinhalb Jahren Rot-Rot noch immer am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Unter dem selbsternannten „Sparsenat“ erhöhte sich der Schuldenstand von 40 Milliarden Euro (2001) auf knapp 60 Milliarden Euro im Jahr 2006, ein Zuwachs von 50 Prozent.

Die Bilanz des rot-roten Senats in Berlin reiht sich damit nahtlos in die Reihe der rot-roten Regierungsbündnisse in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ein. In allen drei Ländern gelang es den linken Regierungen nicht, trotz massiver Schuldenaufnahme Akzente für wirtschaftliches Wachstum, sichere Arbeitsplätze oder die groß angekündigte soziale

Gerechtigkeit zu setzen. Stattdessen wurden den nachfolgenden Generationen milliarden-schwere Schuldenlasten aufgebürdet, gingen tausende von Arbeitsplätzen und ebenso viele Zukunftschancen für Jung und Alt verloren und wuchs die Abhängigkeit von Sozialleistungen.

Die Fakten nach drei rot-roten Experimenten in Deutschland sprechen eine eindeutige Sprache: Dort, wo Rot-Rot in Deutschland regiert, geht es bergab.

Hohe Kinderarmut

Herausgeber

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | info@cdu.de | www.cdu.de